



Ressort: Wirtschaft und Finanzen

Unzureichende Geldwäscheprävention

Frankfurt / Main, 04.07.2025 [ENA]

Die Geldwäscheprävention in Frankfurt, Deutschlands bedeutendster Finanzmetropole, steht zunehmend in der Kritik. Trotz zahlreicher regulatorischer Vorgaben und EU-Richtlinien offenbaren aktuelle Berichte und Untersuchungen erhebliche Schwachstellen in der Bekämpfung von Finanzkriminalität.

Experten warnen: Die unzureichende Kontrolle gefährdet nicht nur die Reputation des Standorts, sondern könnte auch systemische Risiken für die gesamte deutsche Wirtschaft mit sich bringen. ***Schwachstellen im System:*** Frankfurt, Sitz der Europäischen Zentralbank, zahlreicher Großbanken, Investmentfirmen und Finanzdienstleister, stehen im Fokus internationaler Geldströme. Gerade diese Dichte an Finanzakteuren macht die Stadt anfällig für Missbrauch durch Geldwäscher. Laut einer aktuellen Analyse der Financial Intelligence Unit (FIU) ist die Zahl der Verdachtsmeldungen im Rhein-Main-Gebiet zwar gestiegen, gleichzeitig fehlt es jedoch an wirksamer Nachverfolgung.

Ein zentrales Problem: Die personelle und technische Ausstattung der zuständigen Behörden, insbesondere der FIU und der hessischen Ermittlungsbehörden, reicht nicht aus, um der Flut an Verdachtsmeldungen Herr zu werden. Von den zehntausenden Meldungen, die jährlich eingehen, wird nur ein Bruchteil weiterverfolgt. ***Immobilienmarkt als Einfallstor:*** Ein besonders anfälliger Sektor ist der Frankfurter Immobilienmarkt. Laut Einschätzung werden auffallend viele Objekte in bar bezahlt oder über verschachtelte Gesellschaften im Ausland erworben – ein klassisches Indiz für Geldwäsche.

EU fordern Reformen: Die EU-Kommission sowie internationale Gremien wie die Financial Action Task Force (FATF) haben Deutschland mehrfach für seine unzureichende Geldwäschebekämpfung gerügt. Eine 2024 durchgeführte Evaluierung durch die FATF hob insbesondere die mangelnde Koordination zwischen den Bundesländern und den föderalen Charakter als Schwäche hervor. Als Reaktion auf die zunehmende Kritik kündigte die Bundesregierung im Frühjahr 2025 die Einrichtung einer zentralen Bundesbehörde für Geldwäschebekämpfung an. Diese „Financial Crime Agency“ soll künftig in Frankfurt angesiedelt sein und die FIU, Steuerfahndung und Aufsichtsbehörden stärker bündeln. Bis zur vollständigen Funktionsfähigkeit dürfte jedoch noch einige Zeit vergehen.

Fazit: Die unzureichende Geldwäscheprävention in Frankfurt offenbart gravierende strukturelle Defizite. Trotz des Status als internationales Finanzzentrum mangelt es an Ressourcen, Koordination und Durchsetzungsfähigkeit. Um das Vertrauen in den Finanzstandort Deutschland nicht weiter zu gefährden,

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

sind umfassende Reformen und ein entschlosseneres Vorgehen gegen Geldwäsche dringend notwendig.

Bericht online lesen:

https://www.en-a.eu/wirtschaft_und_finanzen/unzureichende_geldwaeschepraevention_-91736/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: Felix Pfitscher

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.